

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 32/0027/WP18
Federführende Dienststelle: FB 32 - Fachbereich Sicherheit und Ordnung		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 26.04.2023
		Verfasser/in: Frau Wartmann
Ratsantrag Nr. 186/18 der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen Task Force "Aggressives Betteln und provokantes Verhalten" vom 25.08.2021		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
07.06.2023	Rat der Stadt Aachen	Kenntnisnahme
07.06.2023	Hauptausschuss	Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss der Stadt nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Antrag gilt damit als behandelt.

Der Rat der Stadt nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Antrag gilt damit als behandelt.

Finanzielle Auswirkungen

	JA	NEIN	
		X	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
	Einzahlungen	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Folge- kosten (alt)	Folge- kosten (neu)
	Ertrag	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Weitere Erläuterungen (bei Bedarf):

Finanzielle Auswirkungen erfolgen in Abhängigkeit von den seitens des Gremiums Sicherheit und Prävention zu ergreifenden, bzw. zu veranlassenden Maßnahmen.

Klimarelevanz

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Der Effekt auf die CO₂-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel 80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel 80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen erfolgt:

- vollständig
- überwiegend (50% - 99%)
- teilweise (1% - 49 %)
- nicht
- nicht bekannt

Erläuterungen:

Mit Ratsantrag vom 25.08.2021 beantragt die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen die Verwaltung zu beauftragen, eine „Task Force Aggressives Betteln und provokantes Verhalten“ einzurichten. *„Daran sind verwaltungsseitig der Fachbereich Sicherheit und Ordnung sowie der Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration zu beteiligen. Darüber hinaus sind Vertreter*innen des Polizeipräsidiums Aachen, des Gesundheitsamtes der Städteregion Aachen sowie der Träger der Sucht- und Obdachlosenhilfe beizuladen“.*

Aufgabe der Task Force soll es sein, durch aggressives Betteln und sonstiges, unangemessen provokantes Verhalten hervorgerufene Belästigungen und Gefährdungen zu erfassen, Ursachenforschung zu betreiben und eine Gesamtstrategie unter Berücksichtigung repressiver als auch präventiver Maßnahmen zu erarbeiten.

Um eine angemessene Beteiligung der politischen Entscheidungsträger, aber auch der Öffentlichkeit zu gewährleisten, soll dem Hauptausschuss regelmäßig über die Arbeit der Task Force berichtet werden.“

Wie in nahezu allen nordrhein-westfälischen Großstädten stellen aggressives Betteln und provokante Verhaltensweisen in öffentlichen Bereichen auch in der Stadt Aachen ein großes und zunehmendes Problem dar. Sicherheit ist ein wichtiges menschliches Grundbedürfnis und elementar für die Lebensqualität.

Gerade im öffentlichen Raum wird der Zielkonflikt zwischen Sicherheit und individueller Freiheit besonders sichtbar, da der öffentliche Raum Treffpunkt und Zentrum des städtischen Zusammenlebens sowie Ort der Begegnung und der vielfältigen Nutzung durch verschiedene Interessengruppen ist.

Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, welche von Gesetzesverstößen, auch in Form von Ordnungswidrigkeiten, wie Belästigungen, Verunreinigungen, Vermüllungen bis hin zu Straftaten, wie Vandalismus, Diebstahl oder anderen Deliktarten ausgehen, spielen insoweit eine entscheidende Rolle, als sie auch unterhalb der Schwelle der Kriminalität das Gefühl von Unsicherheit und Unwohlsein bis hin zu Angst entstehen lassen.

Die Stadt Aachen nimmt die ihr insoweit zukommende Verpflichtung und Aufgabe der Erhaltung und Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zum Wohle aller Bürger*Innen sehr ernst.

So behandelt der Präventive Rat der Stadt in Abstimmung zwischen der Stadt, der Polizei sowie der Staatsanwaltschaft entsprechende Problemfelder und schlägt diesbezügliche Leitlinien vor.

Die operative Umsetzung obliegt - je nach Thematik und Zuständigkeit - den verschiedenen Fachbereichen und den dort angesiedelten Arbeitskreisen, Runden Tischen u.ä.. Nur beispielhaft genannt seien hier die „Kleine Ordnungspartnerschaft Kaiserplatz“, die „Koordinationsstelle Bushof“, die im Aufbau befindliche „Koordinationsstelle Kaiserplatz“, Runde Tische zu den Problematiken im Westpark oder der Pontstraße, der Arbeitskreis Aachen-Nord und viele mehr.

Die aktuellen Entwicklungen aber machen es - auch aus Sicht der Verwaltung - erforderlich, diese Aktivitäten weiter zu bündeln und zu vernetzen.

Vor diesem Hintergrund und der Tatsache geschuldet, dass die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit viele Facetten hat und zahlreiche Zuständigkeiten berührt, wurde - nach entsprechenden internen Abstimmungen und der am 23.11.2022 erfolgten Information und Beteiligung des Hauptausschusses - die Bildung des übergeordneten „Gremiums für Sicherheit und Prävention der Stadt Aachen“ beschlossen.

Das Gremium dient als interne Wissens- und Arbeitsplattform der Stärkung der Zusammenarbeit städtischer Fachbereiche und sicherheitsrelevanter Akteure.

In Abhängigkeit von der jeweiligen Problemstellung arbeiten die jeweils betroffenen Dienststellen fachbereichsübergreifend operativ-taktisch und interdisziplinär zusammen, initiieren konkrete Präventionsmaßnahmen oder arbeiten bestehende Beschwerdelagen übergreifend und gemeinsam ab. „Aggressives Betteln und provokantes Handeln“ stellt eines der dringlichen Handlungsfelder dieses Gremiums dar.

Gem. § 6 Abs. 2 der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen in der Stadt Aachen vom 19.03.2004 in der derzeit geltenden Fassung vom 17.07.2019 (Aachener Straßenverordnung) ist im Geltungsbereich dieser Verordnung jedes Verhalten untersagt, das geeignet ist, andere zu gefährden, mehr als nach den Umständen vermeidbar zu behindern oder zu belästigen sowie Sachen zu beschädigen, insbesondere durch:

1. Betteln durch aktives Ansprechen bzw. aggressives Verhalten gegenüber den angesprochenen Personen (insbesondere Versperren des Weges, Verfolgen, Festhalten, Anfassen, sonstiges aufdringliches oder einschüchterndes Verhalten, sowie organisiertes Betteln (die Erlöse werden von den bettelnden Personen an einen Auftraggeber ausgehändigt) und kommerzielles Betteln (Betteln, mit dem nicht nur vorübergehend Erträge erwirtschaftet werden, Betteln mit Kindern, Betteln unter Einsatz von Tieren).

Da der Ordnungs- und Sicherheitsdienst der Stadt Aachen durch seine Ausstattung und Kleidung deutlich im Straßenbild zu erkennen ist, wird die Stadt Aachen u.a. verstärkt in zivil gekleidete Kräfte zur Kontrolle der Einhaltung der Aachener Straßenverordnung einsetzen.

Das Gremium für Sicherheit und Prävention hat zwischenzeitlich seine Arbeit aufgenommen. In der ersten Sitzung des Gremiums für Sicherheit und Prävention der Stadt Aachen wurde bereits das Themenfeld Kaiserplatz mit allen seinen ordnungsrechtlichen und sozialen Facetten betrachtet. Hierzu wird unter einem eigenen Tagesordnungspunkt - ebenfalls in der Sitzung des Hauptausschusses am 07.06. d.J. - gesondert berichtet.

Anlage/n:

Ratsantrag Nr. 186/18



CDU-Fraktion im Rat der Stadt – 52058 Aachen

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen
Frau Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
25. Aug. 2021

Nr. 186/18

Geschäftsstelle:
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen
Raum 111

Telefon 0241 / 432 7211
Fax 0241 / 432 7222
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

CDU 21.062

Aachen, den 25.08.2021

RATSANTRAG

Task Force „Aggressives Betteln und provokantes Verhalten“

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Task Force „Aggressives Betteln und provokantes Verhalten“ einzurichten. Daran sind verwaltungsseitig der Fachbereich Sicherheit und Ordnung sowie der Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration zu beteiligen. Darüber hinaus sind Vertreter*innen des Polizeipräsidiums Aachen, des Gesundheitsamtes der Städteregion Aachen sowie der Träger der Sucht- und Obdachlosenhilfe beizuladen.

Aufgabe der Task Force „Aggressives Betteln und provokantes Verhalten“ ist es, durch aggressives Betteln und sonstiges, unangemessen provokantes Verhalten hervorgerufene Belästigungen und Gefährdungen zu erfassen, Ursachenforschung zu betreiben und eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung von aggressivem Betteln und provokantem Verhalten im öffentlichen Raum zu erarbeiten. Dabei sind sowohl repressive als auch präventive Maßnahmen in Betracht zu ziehen. Im Rahmen des Möglichen und Zumutbaren tritt die Task Force in einen Dialog mit Bettelnden, Provokateuren und Betroffenen.

Die Task Force „Aggressives Betteln und provokantes Verhalten“ berichtet dem Hauptausschuss regelmäßig über ihre Arbeit.

Begründung

Zahlreiche Bürger*innen empfinden eine besorgniserregende Zunahme von aggressivem Betteln und sonstigem provokanten Verhalten. Dies betrifft sowohl die Zahl derartiger Ereignisse als auch ihre Intensität. Viele Menschen werden dadurch in ihrem Anstands- und Sicherheitsgefühl massiv beeinträchtigt. Darüber hinaus können solche Belästigungen den Ausgangspunkt für weitere Gefährdungen bis hin zu körperlichen Auseinandersetzungen bilden.

Schon jetzt ist der Ordnungs- und Sicherheitsdienst der Stadt Aachen bemüht gegen die genannten Störer*innen vorzugehen. Richtigerweise wenden die Mitarbeitenden vornehmlich repressive Mittel an. Die empfundene Entwicklung legt jedoch nahe, dass dies allein nicht ausreichend ist, um aggressivem Betteln und sonstigem, unangemessen provokanten Verhalten wirksam entgegenzuwirken.


Die beantragte Task Force „aggressives Betteln und provokantes Verhalten“ soll sich der Herausforderung auf Grundlage einer ganzheitlichen Betrachtungsweise widmen. Neben oftmals repressiv Handelnden Akteuren wie dem Fachbereich Sicherheit und Ordnung und dem Polizeipräsidium Aachen, sollen auch für die Prävention wichtige Einrichtungen wie der Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration und die Träger der Sucht- und Obdachlosenhilfe miteingebunden werden. Da das Verhalten einiger Bettelnder und Provokateure Besorgnis hinsichtlich ihres psychischen Gesundheitszustandes hervorruft, ist eine Beteiligung des Gesundheitsamtes der Städteregion Aachen sinnvoll.

Um der Herausforderung zu begegnen ist zunächst die Lage hinsichtlich aggressiven Bettelns und sonstigen, provokanten Verhaltens zu erfassen. In einem weiteren Schritt sollen mögliche Ursachen dieser Verhaltensweisen untersucht werden. Augenscheinlich kommen Obdachlosigkeit, Sucht- sowie andere psychische Erkrankungen in Frage. Insbesondere bezüglich aggressiven Bettelns sind jedoch auch Formen der bandenmäßigen oder gar organisierten Kriminalität in Betracht zu ziehen.

Auf Basis der so gewonnenen Erkenntnisse ist eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung und Verhinderung von aggressivem Betteln und sonstigem provokantem Verhalten zu entwickeln. Neben repressiven Maßnahmen ist dabei gerade die Prävention im Sinne einer langfristigen Ursachenbekämpfung in den Blick zu nehmen. Um die Erfolgsaussichten weiter zu steigern,

Ist es sinnvoll, mit den Störer*innen, aber auch den von ihrem Verhalten Betroffenen in einen Dialog zu treten. Der Begriff der Betroffenen ist in diesem Zusammenhang weit zu verstehen und schließt beispielsweise Einzelhändler*innen, Gastronom*innen und andere Gewerbetreibende, deren Geschäftsabläufe gestört werden, mit ein. Auf diese Weise können gemeinsame, für alle Seiten akzeptable Lösungen entwickelt werden. Die Dialogmöglichkeiten sind gerade bezüglich der Bettelnden und Provokateure selbstverständlich durch den Rahmen der Zumutbarkeit begrenzt.

Um eine angemessene Beteiligung der politischen Entscheidungsträger, aber auch der Öffentlichkeit zu gewährleisten, sollte die Task Force dem Hauptausschuss regelmäßig über ihre Arbeit berichten.



Iris Lürken
Fraktionsvorsitzende